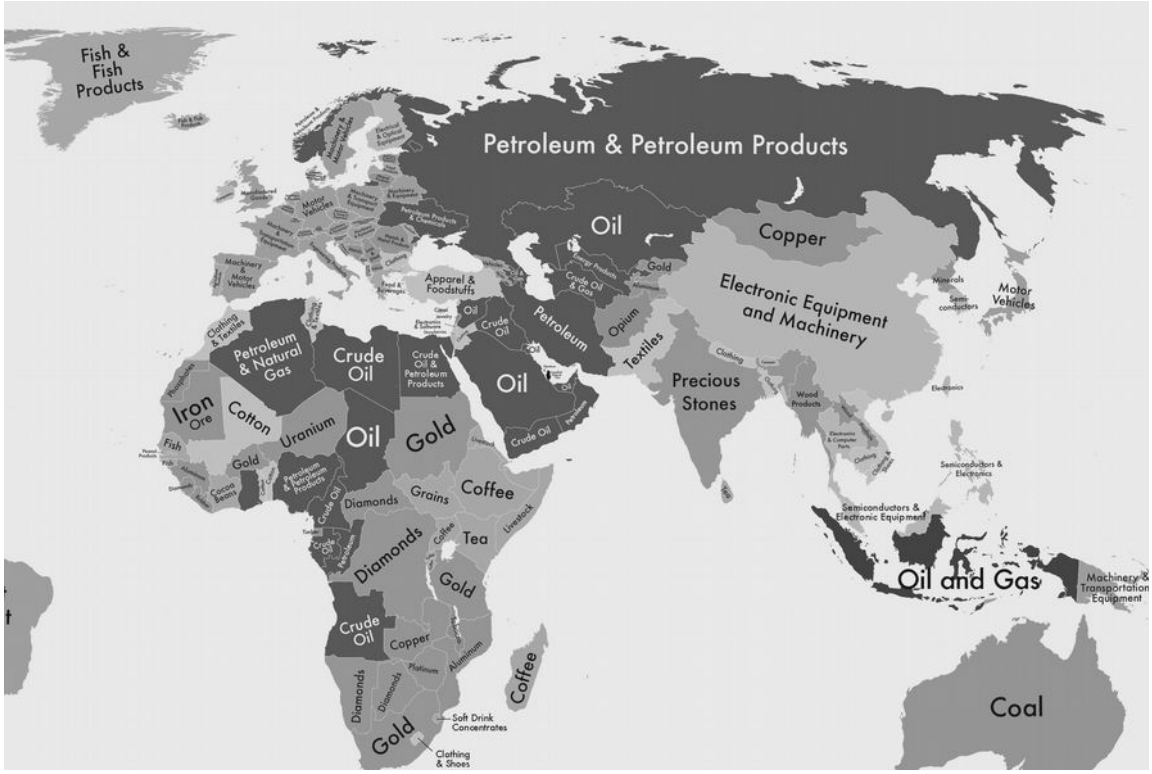
FRIEDENS JOURNAL

Friedenspolitik ist Solidarität mit Flüchtenden



Grafik: CIA World Factbook (siehe dazu Editorial auf Seite 2)

- Vorboten einer neuzeitlichen Völkerwanderung
- Positionspapier zu Fluchtursachen
- Menschenrechte einfordern – nur nicht bei uns?
- Ausnahmezustand und Bomben gegen Kurden in der Türkei
- Ist dieser Papst (Franziskus) wirklich katholisch?
- Peter hat den Kampf für Frieden und eine bessere Welt gelebt

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

Nov. – Dez. 2015/Nr. 6

Inhalt

SCHWERPUNKT

Vorboten einer neuzeitlichen Völkerwanderung 3

Positionspapier zu Fluchtursachen 6

Ausnahmezustand und Bomben gegen Kurden in der Türkei 10

INTERVIEW

Menschenrechte einfordern – nur nicht bei uns? 8

BRENNPUNKT

Ist dieser Papst (Franziskus) wirklich katholisch? 12

FRIEDENSBEWEGUNG

Peter hat den Kampf für Frieden und eine bessere Welt gelebt 16

RUBRIKEN

Afghanistan: Zurück in den Krieg 7

Bayerische Gründlichkeit als Farce 9

Nicht einmal der Papst bleibt vom Medienkrieg verschont 13

Buchbesprechung: Das Ende der Megamasch. 14

Friedensnetz Baden-Württemberg 15

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.11.2015

Die nächste Ausgabe erscheint am: 16.1.2016

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Friedenspolitik ist Solidarität mit Flüchtenden

Liebe Leserinnen und Leser,

vor kurzem bekannte der frühere britische Premierminster Tony Blair in aller Offenheit, dass der Irak-Krieg 2003 ein Fehler gewesen sei und zur derzeitigen Situation im Nahen Osten beigetragen habe. Die Konsequenzen dieses "Fehlers" sind: mindestens eine Million Tote, viele Millionen Menschen auf der Flucht und mit dem Irak, Syrien und Libyen mehrere "failed states". Leider wird dieses nicht dazu führen, dass Tony Blair sich dafür gerichtlich als Kriegsverbrecher verantworten muss. Als Entschuldigung führte er an, dass man falschen Geheimdienstinformationen geglaubt habe.

Zu den Hauptaufgaben von Geheimdiensten gehört aber keineswegs, Falschinformationen in die Welt zu setzen, auch wenn dieses in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. Die früheren CIA-Analysten Elizabeth Murray und Ray McGovern bekannten vor kurzem, dass Sie es in früheren Jahrzehnten als ehrenwerte Aufgabe angesehen hätten, die Weltlage richtig zu analysieren und das falsche "Briefing" von Politikern und Medien erst vor dem Irak-Krieg 2003 dominant geworden sei - weshalb sie sich von ihrem früheren Arbeitgeber abgewendet haben und dessen Methoden jetzt in Interviews anprangern.

Unsere Grafik auf der Titelseite, entnommen aus dem letzten CIA World Factbook sollte in diesem Kontext gesehen werden. Auf dem ersten Blick mag diese wie eine Weltkarte für Grundschüler erscheinen, stellt aber tatsächlich eine - natürlich vereinfachende - Sichtweise dar, die das Problem der stark angewachsenen und immer noch zunehmenden Fluchtbewegungen verständlich macht. Es geht um wirtschaftliche Interessen: Import- und Exportgüter, Rohstofflieferanten und Erschliessung von Absatzmärkten sowie der politischen und notfalls militärischen Absicherung von weltweiten Transportrouten.

Vor diesem Hintergrund kann auch die Analyse von Peter Vonnahme über Fluchtursachen als "Vorboten einer neuen Völkerwanderung" gesehen werden. Der Autor hat mit seiner früheren Tätigkeit als Richter für Asylverfahren eine prägnante Sichtweise auf die eskalierenden Probleme.

Zum Umgang mit dem auch innenpolitisch dominanten Thema haben der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden ein Positionspapier erarbeitet, das sich als Anstoß für örtliche Friedensinitiativen versteht und in dieser Ausgabe abgedruckt ist.

Beim Asylrecht geht es auch darum, welche Menschenrechte wahrgenommen und welche (bewusst) ausgeblendet werden. Wir haben dazu Inge Höger befragt, die als MdB im Bundestagsausschuss für Menschenrechte mitarbeitet. Sie war auch Mitglied einer Delegation, die Anfang Oktober den kurdischen Teil der Türkei bereist hat. Ursula Schumm-Garling hat es für uns übernommen, ihre dabei gewonnenen Eindrücke zur Menschenrechtssituation in der Türkei für das Friedensjournal darzustellen, die sich nach den Wahlen vom 1.11. wohl noch verschärfen wird.

Mit dem anstehenden 22. Friedenspolitischen Ratschlag in Kassel müssen wir nicht nur die o.g. Probleme bzw. Zuspitzungen der letzten Monate thematisieren, sondern auch die Zäsur bestehen, die sich mit dem Tod von Peter Strutynski ergeben hat. Wir werden sein Fehlen schmerzlich vermissen und uns zugleich darauf besinnen, dass politische Einflussnahmen und Veränderungen in unserem Sinne von uns allen selbst in die Hand genommen werden müssen. Dieses sollte auch für alle Leser des Friedensjournals ein Antrieb sein, um am 5. und 6. Dezember den Weg nach Kassel zu finden. Der friedenspolitische Ratschlag als Weichenstellung für künftige Aktivitäten ist notwendiger denn je.

Die Redaktion

Wege aus der Kriegslogik – für eine neue Friedenspolitik
22. Friedensratschlag am 5. und 6. Dez. 2015 in Kassel
Tagungsort: Universität Kassel, Wilhelmshöher Allee 73

Anmeldung: AG Friedensforschung „Friedensratschlag“, Germaniastr. 14, 34119 Kassel
Mail: 2015@friedensratschlag.de - Internet: www.friedensratschlag.de

Vorboten einer neuzeitlichen Völkerwanderung

von Peter Vonnahme, früherer Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München, IALANA

Allmählich dämmert es auch den eifrigsten Verfechtern eines kurzen Prozesses mit „Asylbetrügern“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“, dass es nicht damit getan ist, Ressentiments gegen Menschen in Not zu schüren. Denn was wir gerade beobachten können, ist nichts weniger als der Vorabend einer neuzeitlichen Völkerwanderung. Die Hunderttausende, die in unsere Städte und Dörfer strömen, sind nur die Vorhut. Viele Millionen stehen bereit, ihnen nachzufolgen. Der deutsche Innenminister musste deshalb die Jahresprognose für die in Deutschland ankommenden Asylbewerber kurzerhand von 450 000 auf 800 000 nahezu verdoppeln.

Wirtschafts-Flüchtlinge?

Die europäische Geschichte ist reich an Beispielen für solche Menschenströme mit ihren unvermeidlichen Dammbrüchen. Wir tun gut daran, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass diesen Zug nichts aufhalten wird, weder das Dampfgeplauder der Stammtische, noch die Militanz der Pegidaaktivisten und auch nicht die zum Ritual verkommenen Wir-haben-alles-im-Griff-Parolen der Politiker und deren Claqueuren in dienstbeflissenen Medien. Wenn der CSU-Vorsitzende Seehofer beim Politischen Aschermittwoch mit heiserer Stimme tönt, dass er sich „bis zur letzten Patrone ... gegen eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme“ sträuben werde, klingt das unerschrocken und heldenhaft. Es hat jedoch die gleiche Verlässlichkeit wie die Ankündigung eines durch Alkoholgenuss enthemmten Sprücheklopfers auf dem Marktplatz, er könne den bevorstehenden Sonnenuntergang aufhalten. Tatsache ist nämlich, dass es nichts mehr zum Aufhalten gibt. Denn die Zuwanderung ist seit Längerem im Verlauf und wir sind ohnmächtige Zeugen derselben. Es wird kein Zurück in die Beschaulichkeit der letzten Jahrzehnte geben.

Menschen wählen zwischen Pest und Cholera

Menschen, die an ihren Wohnorten tagtäglich um ihr Leben fürchten müssen, sei es wegen Hungersnot oder wegen Kriegsgefahren, haben die Wahl zwischen Pest und Cholera. Entweder sie bleiben und kommen (höchstwahrscheinlich) um oder sie begeben sich auf einen langen und risikoreichen Weg mit höchst ungewissem Ende. Millionen haben sich für letztere Variante entschieden. Sie nehmen Entbehrungen, Krankheiten und die Gefahr von Raubüberfällen auf sich, durchqueren zu Fuß oder per Anhalter Wüsten, Savannen und feindliche Stammesgebiete. Im Regelfall wandern sie nach Norden oder nach Westen, zumeist Richtung Meer.

Wenn sie dann mit viel Glück nach Monaten entkräftet und ausgelaugt an einer Küste ankommen, dann beginnt die nächste, nicht minder gefährliche Etappe ihrer Wanderung. „Schlepper“ nehmen ihnen das Geld ab, das ihnen ihre Familien beim Abschied mit der dringenden Bitte anvertraut haben, sie am Ziel ihrer Wanderung nicht zu vergessen. Es beginnt die Zeit des Wartens. Wenn die Elendsflüchtlinge dann irgendwann bei Nacht in überladene und seeuntüchtige Boote gepfercht werden, können sie nur noch beten, dass sie lebend über das Meer kommen.

Natürlich wissen sie um die Gefahren der Überfahrt, aber sie nehmen die Todesgefahr in Kauf, um dem fast sicheren Tod zu entgehen. Viele ertrinken, nicht zuletzt deswegen, weil die Länder ihrer Sehnsucht nicht das geringste Interesse daran haben, dass sie jemals dort ankommen.

Was wir derzeit in TV-Bildern sehen, sind Flüchtlingsströme von Arm nach Reich und solche aus Kriegsgebieten in vermeintlich sichere Zufluchtsorte. Wir, die alteingesessenen Bewohner der wohlhabenden und befriedeten Länder Europas, müssen diese Entwicklung nicht schön finden. Doch darauf kommt es überhaupt nicht an. Denn niemand fragt uns nach unserer Meinung. Die Elenden und Verzweifelten dieser Welt machen sich einfach auf den Weg. Auf Gedeih und Verderb,

Ende 2014: 50 Millionen auf der Flucht

Ende 2013 gab es nach dem Jahresbericht des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) weltweit 50 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene; ein Jahr später waren es 10 Millionen mehr. Die Hälfte dieser Flüchtlinge sind Kinder. Etwa 20 Millionen Menschen leben heute im ausländischen Exil. Allein aus Afghanistan und Syrien flüchteten je ca. 2,5 Millionen, aus Somalia ca. 1,2 Millionen und aus dem Irak gut 400 000. Die meisten dieser Flüchtlinge leben heute in riesigen Lagern in der Türkei, in Pakistan, im Libanon und im Iran, somit in Ländern, die bereits vor Eintreffen der Flutwellen erhebliche wirtschaftliche und soziale Probleme hatten. Diese Aufnahmeländer haben nicht annähernd den Wohlstand der entwickelten europäischen Staaten. Gleichwohl müssen sie versuchen, die erdrückende Flüchtlingslast zu bewältigen. Die Lage in den Flüchtlingslagern ist oft katastrophal. Man kann es erahnen, wenn man bedenkt, welche Schwierigkeiten Deutschland, eines der wohlhabendsten Länder der Welt, hat, weitaus weniger Flüchtlinge unterzubringen.

Ein Ende dieses Flüchtlingsstroms ist nicht in Sicht. Er folgt archaischen Verhaltensmustern. Wir können versuchen, Mauern aufzurichten, um unseren Reichtum zu verteidigen. Aber diese Mauern werden dem Andrang von Abermillionen auf Dauer nicht standhalten. Die besorgten Rufe nach neuen und schärferen Gesetzen werden die Probleme erst recht nicht lösen. Denn diese Rufe werden in den Kriegs- und Armutsgebieten Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens ungehört verhallen. Die Verzweifelten in Syrien, im Irak, in Afghanistan, Eritrea und Somalia und anderswo haben ganz andere Sorgen als unsere Asylgesetze zu lesen. Noch weniger interessiert es sie, ob das Taschengeld für Asylbewerber gekürzt wird (wie jüngst der bayerische Innenminister vorschlug) oder ob es durch Gutscheine ersetzt wird (so Bundesinnenminister de Maizière). All das ist den Kriegs- und Armutsflüchtlingen

keinen Gedanken wert. Denn sie haben nur ein Ziel: Sie wollen ihr Leben retten, Taschengeld hin, Gutscheine her. Sie wissen, dass viele von ihnen umkommen werden wie bereits Tausende vor ihnen. Sie wissen auch, dass die Glücklichen, die es tatsächlich bis an unsere Grenzen schaffen, nicht mit offenen Armen aufgenommen werden, sondern dass ein beschwerlicher Weg mit viel Bürokratie und Unsicherheit auf sie wartet und dass Demütigungen und Anfeindungen ihre Wegbegleiter sein werden. Wenn sie sich dennoch auf den Weg machen, dann ist ihr Beweggrund nicht Abenteuerlust und der Traum von einem bequemen Leben in einem fernen unbekannten Land, sondern die verzweifelte Lage in ihrer Heimat. Wer verlässt schon leichten Herzens seine Familie, seine Freunde, seine Bekannten, sein vertrautes Dorf, seine Stadt? Und wer geht schon gern in ein Land, dessen Sprache er nicht spricht, dessen Kultur er nicht kennt und von dem er weiß, dass es ihn nicht haben will? All denen, die über Neuankömmlinge die Nase rümpfen und „den ganzen Haufen“ postwendend zurückschicken wollen, sei angeraten, sich in einer ruhigen Stunde zu überlegen, was sich in unserem Land verändern müsste, damit sie sich selbst zu einer hochriskanten Reise ins Ungewisse entschließen.

„Asylant“ wird zum Kampfbegriff

Es zeugt von wenig Nachdenklichkeit, all die Menschen, die in Erstaufnahmeeinrichtungen, in Kasernen, in Turnhallen und desolaten Wohnhäusern untergebracht sind, als Wirtschaftsflüchtlinge und Asylbetrüger zu beschimpfen. Ihr Ziel ist im Regelfall nicht die viel beschworene „soziale Hängematte“, sondern das nackte Überleben. Ich habe in meiner langen Tätigkeit als Asylrichter die Schicksale vieler Asylbewerber kennengelernt. Die weitaus meisten wurden nicht als asylberechtigt anerkannt, weil sie nicht „politisch“ verfolgt waren. Entscheidend ist jedoch, dass nach meiner sicheren Erinnerung nahezu alle Asylbewerber einen überaus triftigen Grund für das Verlassen ihrer Heimat hatten. Das sollte all jenen zu denken geben, denen das Wort vom Asylbetrüger so leicht über die Lippen geht. Warum nennt man eigentlich die Asylsuchenden Betrüger? Kein Bauwerber, dessen Bauantrag abgelehnt wird, ist in unserem Sprachgebrauch ein Baubetrüger. Ebenso wenig ist ein Unternehmer, dessen Subventionsantrag abgelehnt wird, ein Subventionsbetrüger. Nur die erfolglosen Asylantragsteller sollen Betrüger sein? Das ist hetzerisch. Also belassen wir es beim „Asylanten“? Doch aufgepasst: Selbst das an sich wertfreie Wort „Asylant“ hat durch die Art und Weise, wie es von Stimmungsmachern in den letzten Jahren benutzt worden ist, eine Abwertung erfahren. Es erinnert im heutigen Sprachgebrauch an Simulant, Querulant, Demonstrant und Intrigant. Der Asylant ist somit auch sprachlich unversehens zu etwas Negativem geworden. Besinnung tut Not – und die beginnt mit der Sprache.

Es ist an der Zeit, ein realistisches Bild von der gegenwärtigen Lage zu gewinnen, ohne aber gleich in Hysterie zu verfallen. Wir müssen begreifen, dass wir am Beginn einer Entwicklung stehen, die das Potential zu einem Jahrhundertproblem hat, vergleichbar mit Klimawandel, Umweltzerstörung und Weltbevölkerungsexplosion. Untrügliches Indiz für die Größe eines Problems ist, dass es die Politik nur mit spitzen Fingern anfasst. Es besteht eine große Scheu, die Dinge beim Namen zu nennen. Man spricht von massenhaftem Asylmissbrauch statt vom Beginn einer Völkerwanderung. Die Politik begnügt sich im Wesentlichen mit der Organisation von Flüchtlingsunterkünften. An den Kern des Übels will sie nicht ran, weil andernfalls zentrale Inhalte der Politik verändert werden müssten.

Die Verantwortungsträger befassen sich lieber mit Zweit- und Drittrangigem, weil da schneller Erfolge zu erzielen sind. Das Missverhältnis wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welch unerhörte Kraftanstrengungen für das vergleichsweise kleine Griechenland-Problem gemacht wurden. Das für unsere Zukunft viel wichtigere Flüchtlingsproblem wurde nie seiner Bedeutung entsprechend behandelt. Die Diskussionen blieben an der Oberfläche: Unterbringung, Taschengeld, Grenzschließung, Abschiebung. Wenn man dieses Problem in seiner ganzen Tragweite anpacken will, sind Weitsicht, Mut, Ehrlichkeit und Entschlusskraft vonnöten. Befund: Fehlanzeige!

Völkerwanderungen gibt es seit Beginn der Menschheitsgeschichte. Die gegenwärtige Form der Migration hat jedoch Besonderheiten. Erstens gab es noch nie gleichzeitig so viel Bedrohliches für so viele Menschen. Zweitens hatten die Bedrohten noch nie so viel Kenntnis über die ungerechte Verteilung der Güter auf dieser Erde: bittere Armut auf der einen und überbordenden Reichtum auf der anderen Seite. Und drittens war es noch nie so einfach, von einem Erdteil in einen anderen zu gelangen. Kommt all das zusammen, dann sind Massenwanderungen die logische Folge.

Hauptursache für Flucht: Militärinterventionen

So einfach diese Analyse ist, so schwierig ist die Therapie. Klar ist nur, dass es strategisch ohne Wert ist, sich an den unerfreulichen Symptomen der Flüchtlingsströme abzuarbeiten, ohne gleichzeitig den Versuch einer Ursachenbeseitigung zu unternehmen. Bei der Suche nach den Fluchtursachen fällt sofort auf, dass die mit Abstand meisten Flüchtlinge aus Ländern kommen, die in den letzten 20 Jahren Schauplätze von Kriegen waren: das ehemalige Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien, Äthiopien, Somalia. Nach einer Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren 2014 die genannten Staaten und ihre Zerfallsprodukte die zehn wichtigsten Herkunftsländer für Asylbewerber in Deutschland. Kennzeichnend für fast alle Kriege in den genannten Staaten sind völkerrechtswidrige Militärinterventionen, zumeist der USA und ihrer Bündnispartner. Das legt die Annahme nahe, dass diese Kriege hauptursächlich für die großen Fluchtbewegungen der Gegenwart sind. Diese Kriege bedeuteten Tod, Verarmung, Anarchie, Zerfall von Gesellschaften, religiös motivierte Massaker und Massenflucht. Nie gelang es, stabile Demokratien einzuführen oder gar Men-

schenrechte zu sichern. Wer also Massenflucht eingrenzen will, muss in einem ersten Schritt militärische Abenteuer unterbinden und Militärbündnisse wie die NATO auf reine Verteidigungsaufgaben zurückführen. Das Gesagte gilt auch für schwelende Konfliktherde wie etwa Iran oder Ukraine. Wenn auch von dort Flüchtlingsströme einsetzen würden, wäre das allein schon wegen des Bevölkerungsreichtums dieser Länder eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes.

Flüchtlingsströme via Griechenland in die EU

318.000 Flüchtlinge kamen von Anfang Januar bis Mitte September 2015 in Griechenland an, darunter:

70% aus Syrien
19% aus Afghanistan
4% aus dem Irak
3% aus Pakistan
1% aus Somalia
3% aus anderen Ländern

Afghanistan:
NATO-Operation ISAF (2001-2014)

Pakistan:
US Air Force & CIA-Drohnenangriffe (2004+)

Syrien & Irak:
NATO-Operation Inherent Resolve (2014+)

Somalia:
NATO-Operation: Ocean Shield (2009+)

Libyen:
NATO-Operation: Unified Protector (2011)

Datenquellen: UNHCR, zitiert nach: www.siper.ch (Swiss Institute for Peace and Energy Research)

Leidtragende der Interventionskriege sind neben den gepeinigten und entwurzelten Menschen, den Flüchtlingen, insbesondere die Länder in der Peripherie der Fluchtstaaten. Das sind vor allem die ohnehin problembehafteten Staaten des Nahen Ostens und des südlichen Europas. Die USA, gut gesichert durch zwei Ozeane, bleiben von den Fluchtauswirkungen verschont. Ausbaden müssen ihre Kriege andere, auch die Bündnispartner. Der deutsche Beitrag muss deshalb primär darin bestehen, jede politische und militärische Unterstützung für Interventionskriege rigoros abzulehnen und eigene Waffenlieferungen in Krisenregionen einzustellen. Verstöße hiergegen bezahlen wir unweigerlich mit neuen Flüchtlingsströmen.

Entwicklungshilfe oder neue Absatzmärkte?

Außerdem werden wir uns mit dem Gedanken anfreunden müssen, den notleidenden Staaten echte Solidarität anzubieten. Wohlklingende Rhetorik und Almosen werden auf Dauer nicht ausreichen. Auch Entwicklungshilfe in der Form von Absatzmärkten für unsere Industrieprodukte ist keine wirkliche Hilfe für die Menschen, die am Rande des Existenzminimums vegetieren. Wir müssen uns daran erinnern, dass unser heutiger Wohlstand nicht zuletzt auf Kosten der Herkunftsstaaten der uns überrollenden Flüchtlingswellen begründet worden ist. Wir müssen lernen zu teilen. Das ist zwar nicht einfach, aber notwendig. Wenn wir es aufgrund eigener Einsicht nicht schaffen, dann werden sich die Benachteiligten dieser Erde ihren Anteil irgendwann holen. Denn im Vergleich zu früher wissen heute auch die Ärmsten viel über uns und unsere Lebensumstände. Die informierte Weltgemeinschaft wird Ungleichgewichte nicht auf Dauer hinnehmen.

Die Alternative ist im Grunde sehr einfach: Entweder wir geben den Armen so viel von unserem Wohlstand ab, dass sie glauben, es lohnt sich, in der Heimat zu bleiben oder, wenn wir dazu nicht fähig sind, dann werden sie sich ihren Anteil bei uns abholen. Diesen Vorgang bezeichnet man verniedlichend als Völkerwanderung.

Doch selbst das wäre nicht zwingend der Untergang des Abendlandes. Denn auch wir Deutsche sind bekanntlich das Produkt historischer Völkerwanderungen. Unserer Herkunft nach sind wir zumindest ein Mischvolk aus germanischen, keltischen und slawischen Bestandteilen. Diese Einflüsse haben uns zu dem gemacht, was wir heute sind.

Wir Deutsche haben keinen Grund zur Kleinmut. Wir haben es geschafft, nach dem Zweiten Weltkrieg 12 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge einzugliedern und sie zum Teil unseres wirtschaftlichen Aufstiegs zu machen. Die Voraussetzungen waren damals denkbar schlecht: zerbombte Städte und Fabriken, zerstörte Infrastruktur, ein aufgeteiltes Land, Millionen Witwen und Waisen, eine demoralisierte und fremdbeherrschte Gesellschaft. Die Deutschen hielten jedoch solidarisch zusammen.

Solidarität?

Wir müssen uns deshalb heute in Erinnerung an diese grandiose Gemeinschaftsleistung nicht ängstigen vor ein paar Hunderttausend Flüchtlingen, auch dann nicht, wenn deren Zahl noch weiter steigt. Wir müssen uns nur bemühen, aus der Not eine Tugend zu machen. Dazu brauchen wir Solidarität untereinander und Solidarität mit den Flüchtlingen. Sie wollen in ihrer großen Mehrzahl nicht schmarotzen, sondern ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten.

Mehr Anlass zur Besorgnis ist die fehlende Bereitschaft mehrerer EU-Staaten, einen angemessenen Anteil der in den Mittelmeerländern anlandenden Flüchtlinge aufzunehmen. Die Schließung von Grenzen löst kein Problem. Außerdem ist dieses Verhalten ein grober Verstoß gegen den Solidaritätsgedanken der europäischen Verträge. Wer sich so verhält, legt die Axt an die Grundmauern der Europäischen Union. Deutschland müsste hier eine entschlossene Führungsrolle übernehmen. Gleiches gilt für die unerlässliche Neuausrichtung der Militär-, Bündnis-Entwicklungs- und Einwanderungspolitik. Das ist kein Selbstläufer. Denn es betrifft höchst anspruchsvolle Politikfelder. Doch genau dort könnte sich die vom Bundespräsidenten unlängst angemahnte größere Verantwortung der deutschen Politik friedenstiftend entfalten.

Vonnöten ist ein vertieftes Nachdenken jenseits der Tages- und Parteipolitik. Das bedarf eines langen Atems. Ich vermag Derartiges noch nicht zu erkennen. Vielleicht müssen noch mehr Flüchtlinge kommen, bevor Weitblick und Solidarität eine echte Chance bekommen. Wenn uns das zu anstrengend ist, dann müssen wir lernen, mit der Völkerwanderung zu leben.

Frieden und Gerechtigkeit - Friedenspolitik ist Solidarität mit Flüchtenden

Gemeinsames Positionspapier zur Debatte für die Friedensbewegung erstellt von dem Bundesausschuss Friedensratschlag und der Kooperation für den Frieden

Die Fluchtbewegungen nach Deutschland mit dem dadurch ausgelösten innenpolitischen Diskurs erfordert eine Positionierung der Friedensbewegung. Da Flüchtlingsunterkünfte praktisch flächendeckend in ganz Deutschland zugewiesen werden, bleibt keine Friedensinitiative davon unberührt. Der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden wollen Friedensinitiativen anregen, in den Flüchtlings-Diskurs einzugreifen und sich Gehör zu verschaffen. Zugleich wollen sie sie für praktische Solidarität und Unterstützung mit den Geflüchteten gewinnen. Die Herausarbeitung von Fluchtursachen ist der zentrale Ansatzpunkt für die Friedensbewegung. Ursachen, die von der deutschen Politik und den Massenmedien weitestgehend ausgeblendet oder gar verleugnet werden.

Aus vielen Teilen der Welt fliehen Menschen vor Krieg und Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Jahr für Jahr werden es mehr: Nach Angaben der UN-Flüchtlings-Hilfsorganisation waren es weltweit in 2013 bereits 45 Mio. Menschen, in 2014 60 Mio. Menschen. Die meisten sind Binnenflüchtende in ihrem eigenen Land oder fliehen in benachbarte Länder, vor allem aus den Kriegsherden Ukraine, dem Nahen Osten, Syrien, Libyen sowie Afghanistan / Pakistan.

Die Ursachen von weltweiten Fluchtbewegungen und der Anteil Deutschlands daran lassen sich in den nachfolgenden Punkten zusammenfassen.

Deutsche Rüstungsexporte und Profite befeuern weltweit Kriege

Weltweit geführte Kriege und Bürgerkriege sind nur mit ständigem Nachschub von Waffen und Munition möglich, an denen Deutschland als viertgrößter Waffenexporteur einen erheblichen Anteil hat. Deutsche Waffen werden z.B. an Diktaturen wie Saudi-Arabien geliefert, das damit Krieg gegen die Bevölkerung im Jemen führt. Trotz gegenteiliger Absichtsbekundungen der Bundesregierung nehmen deutsche Rüstungsexporte weiterhin zu. Die Waffenproduzenten verdienen Milliarden an Rüstungsproduktion und Rüstungsverbrauch und stützen korrupte Regime und damit die Ausbeutung und Ausplünderung von Ländern der „Dritten Welt“.

Weltweite militärische Interventionen anstatt Entwicklungshilfe

Allein der langjährige Bundeswehreinsatz in Afghanistan hat viele Milliarden verschlungen und zu den Millionen von Flüchtlingen aus diesem Land beigetragen. Ein Bruchteil der Militärausgaben hätte ausgereicht, um dieses Land wirtschaftlich und gesellschaftlich auf eigene Beine zu stellen. Aber die Praxis der zivil-militärischen Zusammenarbeit untergräbt zusätzlich zur Übertragung des neoliberalen Wirtschaftssystems die Chancen einer nachhaltig wirkenden Entwicklungshilfe. Dessen ungeachtet werden künftige deutsche Militäreinsätze im Rahmen der NATO und der EU vorbereitet. EU-Entscheidungsträger - unter deutscher Führung - streben nach eigenständiger EU-"Verteidigungsfähigkeit", um mit einem möglichst schlagkräftigen Militärapparat sich auf der internationalen Ebene als Weltmacht positionieren zu können.

„Regime Change“ und Destabilisierung von Staaten mit deutscher Unterstützung

Sowohl die Konfliktherde in der Ukraine wie auch in Syrien wurden von außen befeuert mit Milliardenbeträgen für einen „Regime Change“ und verdeckten Operationen. Zusätzlich tragen Wirtschaftssanktionen zur Destabilisierung von Ländern bei, wie aktuell gegen Syrien oder den Donbass, die zum Aushungern der Bevölkerung führen.

„Freihandels-“Abkommen verrechtlichen den Wirtschaftskrieg

Vorhandene, neoliberale Wirtschaftsabkommen – vor allem solche, die seitens der EU den meisten afrikanischen Ländern aufgezwungen wurden, haben vor allem die Ernährungssouveränität dieser Staaten erheblich geschwächt. Sie bedrohen die Lebensgrundlagen der Menschen. Die afrikanischen Märkte werden mit hochsubventionierten Billigimporten aus Europa überschwemmt, gegen die einheimische ProduzentInnen nicht ankommen. Dieses ist zu thematisieren, wenn Deutschland als „Export-Weltmeister“ gefeiert wird. Das geplante TTIP-Abkommen würde ganze Weltregionen noch weiter schwächen, da diese Länder dann einer geballten „Wirtschafts-Nato“ von USA und EU gegenüber stehen würden.

Die genannten Fluchtursachen sollten wie folgt thematisiert werden:

1. Rüstungsexporte stoppen und Rüstungskonversion einleiten

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ hat ihre Forderungen aktualisiert mit der Überschrift „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“. Der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden haben mit ihrem Positionspapier zur Rüstungskonversion eine Diskussion initiiert, die auch mit GewerkschafterInnen geführt werden soll.

2. Zivile Entwicklungspolitik anstatt Militärinterventionen für geostrategische Ziele

Die NATO muss als aggressives Militärbündnis delegitimiert werden. Auch wenn vor allem die USA an der Eskalationsschraube drehen, ist die deutsche Beteiligung und Mitverantwortung zu thematisieren. Die Disproportionen zwischen gigantischen Milliardenbeträgen für scheinbar humanitär gerechtfertigte Militärinterventionen und kümmerlichen Millionenbeträgen für Entwicklungspolitik können zusammen mit humanitären Hilfsorganisationen in Deutschland thematisiert werden. Eine zivil-militärische Zusammenarbeit wird abgelehnt.

3. Es gibt keinen großen Unterschied zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtenden

Die deutsche Politik versucht massiv, durch die Definition von „sicheren Herkunftsländern“ vor allem Flüchtlinge aus dem Balkan möglichst schnell wieder abzuschieben. 16 Jahre nach dem NATO-Krieg gegen Ex-Jugoslawien, der mit der Behauptung begründet wurde, man müsse das Kosovo befreien und seiner Bevölkerung zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen, fliehen nun Zehntausende. Führend bei der Vorbereitung des Krieges und bei der Besatzung ist Deutschland gewesen. Deshalb sollten wir dazu beitragen, dass „Wirtschafts-Flüchtlinge“ die Umstände darstellen, die zur Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und existenziellen Bedrohung geführt haben.

4. Kriegs-Flüchtende sollen darstellen, welche Akteure ihr Leben bedrohen.

Flüchtlinge kommen derzeit vor allem aus Syrien nach Deutschland. Nach vier Jahren (Bürger-)Krieg erhalten wir kaum authentische Informationen aus diesem Land. Seitens örtlicher Friedensinitiativen sollten wir den Dialog mit den flüchtenden Menschen suchen, damit diese die Schrecken des Krieges und deren Verursacher anschaulich als Information aus erster Hand verbreiten können.

5. Kriegsführung von deutschem Boden treibt weltweit Menschen zur Flucht

Für die weltweite Kriegsführung erfolgt umfangreiche logistische Unterstützung von deutschem Boden. Dieses umfasst militärische Kommandozentralen sowohl der Bundeswehr, z.B. mit den in Münster stationierten NATO-Task-Forces, wie auch der US-Streitkräfte in Ramstein oder der EUCOM/AFRICOM in Stuttgart. Darüber hinaus ist Deutschland logistische Drehscheibe für US- und NATO-Militäreinsätze durch militärisch genutzte Flughäfen wie im Falle des Flughafen Leipzig/Halle und weitere militärische Einrichtungen wie das NATO-Luftwaffenzentrum in Kalkar. Diese Orte und Einrichtungen stehen synonym für die deutsche Mitverantwortung, die Menschen weltweit auf die Flucht treibt.

Afghanistan: Zurück in den Krieg

Deutschland will vermehrt afghanische Flüchtlinge abschieben, das Land könne man nicht "pauschal als Bürgerkriegsland bezeichnen“

Seit jeher gehört Afghanistan zu jenen Ländern, welches viele Flüchtlinge produziert. Bis vor kurzem waren Menschen afghanischer Herkunft die größte Flüchtlingsgruppe weltweit. Dann brach das Chaos in Syrien aus, welches nichts anderes als ein weiterer Stellvertreterkrieg zwischen den Großmächten ist. Mittlerweile sind die meisten Flüchtlinge der Welt Syrer, was nicht bedeutet, dass sich die Zahl der flüchtenden Afghanen verringert hätte. Gegenwärtig ist weiterhin mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung auf der Flucht.

Viele dieser Flüchtlinge kommen seit Jahren nach Europa. Für die hiesigen Behörden war eine Flucht aus Afghanistan stets selbstverständlich. Wer will schon in einem Land leben, in dem seit 35 Jahren permanent Krieg herrscht, dessen Kindersterblichkeitsrate zu den höchsten der Welt gehört, Nahrungsmittelknappheit und extreme Armut weiterhin zum Alltag gehören und brutale Milizen das Sagen haben, dachte man sich. Aus diesem Grund wurde schnell Asyl gewährt.

An diesen Zuständen hat sich auch seit der NATO-Intervention im Land nichts geändert. Tatsächlich fand in mehreren Punkten eine extreme Verschlechterung statt, welche die Flucht aus einem Land wie Afghanistan nur noch nachvollziehbarer macht. So bricht seit dem westlichen Militäreinsatz im Land die Opiumproduktion jährlich alle Rekorde [...]

Auch der Extremismus wurde in den letzten Jahren erfolgreich gesät. Während 2001 in Afghanistan lediglich die Taliban sowie, wenn überhaupt, eine sehr überschaubare Anzahl von Al-Qaida-Kämpfern präsent waren, lassen sich mittlerweile zahlreiche Gruppierungen, von verschiedenen Taliban-Abspaltungen bis hin zu Ablegern des "Islamischen Staates" (IS), finden, die allesamt verschiedenste Ziele verfolgen, regelmäßig Anschläge verüben und brutaler vorgehen als ihre Vorgänger es sich je vorgestellt hätten.

An der Gewalteskalation haben die westlichen Truppen einen entscheidenden Beitrag geleistet, indem sie vor allem mit Drohnen-Angriffen - Afghanistan ist weiterhin das am meisten von Drohnen bombardierte Land der Welt -, willkürlichen Bombardements sowie nächtlichen "Spezialeinsätzen" regelrecht neue Feinde produzierten, welche die Besatzer abgrundtief hassen. [...]

Bei der jüngsten Bundespressekonferenz bezüglich dieses Themas bekam man den Eindruck, dass all dies halb so schlimm sei. Laut Regierungssprecher Steffen Seibert herrsche ja nicht überall Krieg. Afghanistan sei nicht "pauschal als Bürgerkriegsland zu bezeichnen", so Seiberts Wortlaut. Was das genau bedeuten soll, bleibt weiterhin offen. Wo ist ein pauschaler Krieg? Wo herrscht er und wo nicht? Was ist als Kriegszustand zu bezeichnen und was nicht? Herrscht in Städten wie Kabul etwa "kein pauschaler Krieg", weil dort weniger Anschläge und Gefechte stattfinden als anderswo? Wären dieser Logik zufolge nicht auch syrische oder irakische Flüchtlinge vermehrt abzuschieben, weil der "pauschale Kriegszustand" in Damaskus oder Bagdad ebenfalls nicht vorhanden ist? Und von was für Zustände würde man eigentlich in Deutschland sprechen, wenn in Berlin fast jede Woche eine Bombe hochgehen würde?

Besonders zynisch waren jedoch die Worte von Innenminister Thomas de Maizière. Dieser meinte, dass die Afghanen doch in ihrem Land bleiben könnten, da so viel Entwicklungshilfe dorthin geflossen sei. Dass die meisten Entwicklungsgelder in die Taschen von Kriegsfürsten und korrupten Politikern flossen, die teils mittlerweile selbst schon planen, Afghanistan zu verlassen, erwähnte er nicht. [...]

Die Abschottungspolitik Deutschlands sowie der EU im Allgemeinen macht allerdings auch eine Heuchelei deutlich, die ihres Gleichen sucht, wenn man bedenkt, dass nicht nur Afghanistan, sondern auch Länder wie der Irak und Syrien ohne westliche Intervention, basierend auf egoistische Machtinteressen, nicht in ihrer heutigen Situation wären.

Quelle: telepolis.de / Emran Feroz (29.10.2015)

Menschenrechte einfordern – nur nicht bei uns?

Interview mit Inge Höger, MdB, Abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte

FJ: Sie sind zusammen mit Ihrer Fraktionskollegin Annette Groh Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Welche Themen werden dort behandelt - und welche nicht?

Leider setzt sich auch im Menschenrechtsausschuss immer mehr ein instrumenteller Umgang mit Menschenrechten durch. Die Themen, die dort von den Regierungsparteien auf die Tagesordnung gesetzt werden, befassen sich vorzugsweise mit Menschenrechtsverletzungen in Ländern die nicht zur EU, zur NATO oder deren Verbündeten gehören. Typische Beispiele sind: Menschenrechtsverletzungen auf der Krim, im Iran oder in Weißrussland.

Sicherlich gibt es Gründe, diese Länder auf die Tagesordnung zu setzen. Es fällt aber auf, dass eine kritische Reflektion über die Situation in den westlichen Ländern gerne vermieden wird. So sind es vor allem wir, die darauf drängen, auch Themen wie die Todesstrafe in den USA, die Lage der Flüchtlinge in den EU-Staaten oder rassistische Praktiken hierzulande wie Racial Profiling auf die Tagesordnung zu nehmen. Besonders beliebt bei den CDU/CSU-Vertreter*innen ist die Thematisierung von Religionsfreiheit in verschiedenen Ländern, wobei damit nahezu immer Christenverfolgung gemeint ist.

Über viele Monate hat uns die fehlende gesetzliche Grundlage des Deutschen Instituts für Menschenrechte beschäftigt. Die unabhängige Arbeit des Institutes war der Regierung offensichtlich ein Dorn im Auge. damit wurde sogar riskiert, den A-Status des Institutes bei den vereinten Nationen zu verlieren. Besonders die CDU hätte das Institut gerne darauf festgelegt, nur die Menschenrechte in Diktaturen zu untersuchen. Durch viel öffentlichen Druck ist es jedoch gelungen, nun eine gesetzliche Grundlage zu schaffen und auch die Finanzierung gesetzlich abzusichern. Leider wurden - nach meiner Einschätzung - zu viele Vorgaben für die Arbeit des Institutes fixiert.

Ich gehe aber dennoch davon aus, dass die Menschen dort weiterhin neben globalen Themen auch die Situation hierzulande kritisch beleuchten. Und leider gibt es da mehr als genügend Arbeit - nicht zuletzt weil die Bundesregierung Menschenrechte nur partiell thematisiert. Sie fokussiert auf bürgerliche Freiheitsrechte (die ja unbenommen wichtig sind), gleichzeitig ignoriert sie soziale und ökonomische Rechte weitgehend.

FJ: Sie haben bei ihrer kürzlichen Reise in der Türkei schwere Menschenrechtsverstöße der türkischen Regierung gegen die Kurden festgestellt. Die dortige Situation stand bei der letzten Sitzung des Ausschusses am 14.10. nicht auf der Agenda.....

Es ist jedoch gelungen das Thema in einer "Aktuellen Stunde" im Plenum des Bundestages auf die Tagesordnung zu setzten. Für diese öffentliche Debatte wurde die Sitzung des Ausschusses unterbrochen und ich konnte so öffentlich sowohl die Repression gegen Opposition in der Türkei als auch die Wahlkampfunterstützung von Merkel für Präsident Erdogan anprangern

Screenshot aus Plenarrede vom 14.10.2015
Quelle: Mediathek des deutschen Bundestages

Die Planung im Ausschuss läuft meistens längerfristig und für uns als Opposition schwieriger. Wir haben es zwar erkämpft, dass auch wir Themen auf die Tagesordnung setzen können, das ist aber maximal einmal im Monat der Fall und unser Themen werden zusätzlich wegen "Zeitknappheit" häufig vertagt.

FJ: Welche Rolle spielt dabei die Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbotes, das 1993 vom damaligen Innenminister Kanther verhängt wurde? Bereits in den 90er Jahren gab es eine politisch breite Forderung dazu in Deutschland. Die letzte Petition an den Bundestag dazu gab es vor einem Jahr. Wie sieht es aktuell damit aus und was bedeutet das für die in Deutschland lebenden Kurden?

Die LINKE hat einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir die Aufhebung des PKK-Verbotes fordern. Dieses Verbot kommt einer politischen Stigmatisierung aller Kurd*innen gleich und bedeutet in der Praxis, dass auch diejenigen, die nur im Verdacht stehen einem Verein anzugehören, dem nachgesagt wird, mit der PKK zu kooperieren, mit Strafverfolgung rechnen müssen. Das Vorgehen der Polizei gegen kurdische Demonstrationen ist häufig besonders hart. Zudem gibt das Verbot auch der türkischen Regierung einen Freibrief für deren Repression und deren Bürgerkrieg gegen kurdische Dörfer und Städte.

FJ: Ein weiteres zentrales Dauerthema ist die Situation in Palästina unter der israelischen Besatzung. Eigentlich ist dieses kaum ein Thema für die hiesige Mainstream-Presse. Dennoch: Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland kritisierte diese kürzlich als unausgewogen einseitig. Israel sei die einzige Demokratie im Nahen Osten und Außenposten der westlichen Wertegemeinschaft. Das heißt: Hier tobt ein Kampf um die Deutungshoheit. Wie sollte sich die Friedensbewegung dieser Problematik stellen?

Wenn wir das Völkerrecht ernst nehmen, dann können wir nicht ignorieren, dass wesentliche UN-Resolutionen in Bezug auf die Rechte der Palästinenser*innen bis heute nicht umgesetzt sind. Um bei diesem Konflikt politisch wirklich etwas zu bewegen, müssen wir die Beihilfe zur kriegerischen Eskalation in der gesamten Region stoppen, speziell die deutschen

Rüstungsexporte. Es ist absurd, dass Deutschland mitten im Gaza Krieg ein weiteres High-Tech-U-Boot der Dolphin-Klasse nach Israel geliefert hat, das auch atomar bewaffnet werden kann. Auch die diplomatische Anerkennung Palästinas durch die deutsche Regierung, wie dieses einige europäische Staaten bereits getan haben, wäre ein wichtiger Schritt. Die Zeit hierfür drängt. Nicht nur die jetzigen Unruhen in Israel und den besetzten Gebieten zeigen die politisch unhaltbare Situation. Auch die UN weist regelmäßig darauf hin, dass die humanitäre Lage nicht haltbar ist. Die UN-Organisation für die palästinensischen Flüchtlinge (UNRWA) macht klar, dass Gaza spätestens im Jahr 2020 unbewohnbar sein wird. Schlechte Strom- und Wasserversorgung, nahezu keine Abwasserbehandlung, Massenarbeitslosigkeit, schlechte Gesundheitsversorgung - all dies sind Elemente, die an Dramatik kaum zu überbieten sind. Dies ist übrigens auch eine Konsequenz dessen, dass die israelische Armee die Infrastruktur in Gaza in wiederholten Kriegen weitgehend zerstört hat, während gleichzeitig infolge der Blockade des Gaza-Streifens der Wiederaufbau kaum voran kommt. Seit dem Militärputsch durch General As-Sisi in Ägypten ist übrigens auch die Blockade an der ägyptischen Grenze lückenlos und wird brutal durchgesetzt.

Wenn schon die Bundesregierung und Medien bei diesem Themenfeld gerne schweigen, dann muss wenigstens die Friedensbewegung den Mut haben, hier nicht wegzusehen. Dies ist übrigens zugleich tatsächliche Solidarität mit Israel, denn der dauerhafte Kriegszustand zerstört auch die israelische Gesellschaft.

FJ: Das bestimmende innenpolitische Thema sind aktuell die dramatischen Fluchtbewegungen vor allem aus Kriegsgebieten wie Syrien und Afghanistan. Was können wir dafür tun, um die hiesige Deutungshoheit für "Menschenrechte und humanitäre Hilfe" zu ändern, z.B. im Sinne von UNO und UNO-Hilfsorganisationen zu beeinflussen?

Asyl ist Menschenrecht und alle deutschen und europäischen Gesetzesverschärfungen setzen nicht die Genfer Flüchtlingskonvention außer Kraft. Dies müssen und werden wir immer wieder betonen. Es deswegen schlichtweg unsere Pflicht, Menschen hier willkommen zu heißen und ihnen eine menschenwürdige Perspektive in unserem Land zu geben.

Ich habe im Menschenrechtsausschuss und im Plenum des Bundestages immer wieder darauf hingewiesen, dass die Lage in den Flüchtlingslagern rund um Syrien nicht haltbar ist und dass die drastischen Kürzungen bei der Lebensmittelversorgung dazu führen wird, dass die Menschen die Region insgesamt verlassen werden. Es ist doch absurd, dass das Welternährungsprogramm (WFP) die Lebensmittelrationen kürzen muss, während in Deutschland immer mehr Geld in die militärische Außenpolitik gesteckt wird. Allein die Kosten für die Anschaffung des Schützenpanzers Puma, würde die aktuelle Geldnot des WFP lösen. Statt in humanitäre Hilfe und Bekämpfung der Fluchtursachen investiert unser Land in Abschottung gegenüber Flüchtlingen und schafft weitere Fluchtursachen durch Rüstungsexporte.

Wir müssen klar machen, dass die Mehrzahl der Menschen, die hier Schutz suchen, dies infolge der falschen Außenpolitik westlicher Staaten tun. Die betrifft unsere ausbeuterische Außenhandelspolitik genauso wie die Kriege gegen den Irak, Afghanistan oder Libyen. Übrigens ist auch der Jugoslawienkrieg und die Zerschlagung Jugoslawiens in zahlreiche ökonomisch nicht überlebensfähige Kleinstaaten wesentlich verantwortlich für die Verarmung in dieser Region und die daraus folgende Auswanderung. An diese Zusammenhänge müssen wir - leider - immer wieder erinnern.

Vielleicht gelingt es uns ja in der aktuellen Situation mehr Aufmerksamkeit und Interesse für eine gerechte und friedliche Außenpolitik zu gewinnen. Deutlicher als jetzt sieht man selten, wie wichtig präventive und zivile Formen der Konfliktbearbeitung sind und wie gründlich Militär als Mittel der Außenpolitik scheitert.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Bayerische Gründlichkeit als Farce

Am 18. Oktober 2014 stand die syrisch-kurdische Stadt Kobani kurz vor dem Fall an die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS). Weltweit gingen Tausende Menschen aus Solidarität mit dem kurdischen Widerstand auf die Straße.

Auch in München – dort zeigte Nicole Gohlke, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, während ihrer Unterstützungsrede eine Flagge der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans. Das Münchner Amtsgericht verurteilte sie dafür am 7. Juli 2015 zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.000 Euro. Außerdem erhielt sie eine Verwarnung, die auch mit ihrer Vorbildfunktion als Bundestagsabgeordnete begründet wurde. Das Parlament hatte im November 2014 ihre Immunität aufgehoben.

Weder Gohlke noch die Münchner Staatsanwaltschaft akzeptierten das Urteil: Nachdem beide Rechtsmittel einlegten, wurde am Mittwoch erneut verhandelt.

In ihrer Verteidigungsrede ging die Bundestagsabgeordnete auf ihre Motive ein, warum sie die Fahne gezeigt hatte: »Ich wollte Solidarität mit den KurdInnen zeigen und auf die Widersprüchlichkeit der Bundesregierung hinweisen. Die PKK leistet den entschlossensten Widerstand gegen den Islamischen Staat, wird aber in der Bundesrepublik kriminalisiert.« [...]

Als Gohlkes Anwalt Hartmut Wächtler im Münchner Prozess die Frage aufwarf, um welche Fahne der PKK es sich denn genau handele, begann das Verfahren zur Farce zu werden. So konnte nicht geklärt werden, zu welcher Teilorganisation die Flagge gehört und ob sie überhaupt unter das vom damaligen Innenminister Manfred Kanther im November 1993 erlassene Verwendungsverbot fällt. Die von Gohlke laut Polizei für ganze 15 Sekunden hochgehaltene Fahne zeigt einen fünfzackigen roten Stern auf gelbem Grund in einem grünen Kreis, der sich wiederum auf rotem Grund befindet. [...]

Quelle: junge Welt, 30.10.2015

Ausnahmezustand und Bomben gegen Kurden in der Türkei

von Ursula Schumm-Garling, Bundesausschuss Friedensratschlag, Berlin

In der Zeit vom 4. - 7. Oktober besuchte eine internationale Friedensdelegation organisiert von DIDF - der Föderation der demokratischen Arbeitervereine - bestehend aus Politikerinnen, Ärztinnen und Journalisten sowie Angehörigen der Friedensbewegung und der Gewerkschaften aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden die Städte Mardin, Nusaybin, Cizre, Silvan und Diyarbakir. Die Einladung wurde vom Friedensblock in der Türkei - einem Zusammenschluss von Gewerkschaften, fortschrittlichen Parteien, der Friedensbewegung und sozialen Bewegungen - ausgesprochen. Anlass waren die Angriffe der türkischen Polizei- und Militärkräfte auf die kurdische Zivilbevölkerung im Südosten der Türkei.

Uns boten sich erschütternde Eindrücke: Wir sahen zerbombte Häuser und eine zerstörte Infrastruktur, vor allem die Elektrizitäts- und Wasserversorgung sowie die Telefon- und Internetverbindungen waren außer Funktion. Folgen des verhängten Ausnahmezustandes waren mangelnde Versorgung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln. Durch vom Militär unterbundene Versorgung von Verletzten und Kranken starben Menschen.

Der Eindruck drängte sich auf, Militär und Polizei verfolgen systematisch das Ziel, die Zivilbevölkerung einzuschüchtern, zu ängstigen und zu terrorisieren.

Militärische Aktionen und die Verhängung des Ausnahmezustandes bedürfen nach der Türkischen Verfassung der Zustimmung des Parlamentes - müssen also demokratisch legitimiert werden. Dies erläuterte der HDP Abgeordnete von Nusaybin und Juraprofessor Mithat Sancar. Selbstherrlich setze sich die türkische Regierung über solche Verfassungsnormen hinweg. Selbst nach dem Kriegsrecht müssten Verletzte ärztlich versorgt werden. So verblutete eine 75jährige Kurdin namens Hayriye Hüdaverdi, die sich den einfahrenden Panzern in Silvan entgegenstellte und von Scharfschützen verletzt wurde. Sie starb wie vier weitere Zivilisten in Silvan. Wir wurden durch viele Erzählungen mit unendlichem Leid konfrontiert.

In den offiziellen Verlautbarungen werden die Ereignisse verharmlost, verleugnet oder als Kampf gegen den Terror dargestellt. Diese Interpretation wird vielfach auch von der deutschen Presse übernommen. In Wirklichkeit ist jedoch ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung im Gange.

Der verheerende Selbstmordanschlag am 10. Oktober 2015 auf einer Friedensdemonstration in Ankara brachte den Konflikt zwischen der AKP-Regierung und der demokratischen Partei der Völker HDP sowie den zivilgesellschaftlichen Kräften für Frieden und Demokratie vor den Parlamentswahlen am 1. November einer internationalen Öffentlichkeit zum Bewusstsein.

HDP im Fokus unpassender Wahlergebnisse vom 7.6.

Die jüngsten Eskalationen begannen jedoch schon viel früher. Die regierende AKP - Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung - hatte bei der Parlamentswahl am 7. Juni diesen Jahres die absolute Mehrheit verloren. Die HDP - die demokratische Partei der Völker - die als Hoffnungsträger eines Teiles der türkischen und kurdischen Bevölkerung gilt - hatte die undemokratische Barriere von zehn Prozent überwunden und war mit 13,1 Prozent in das Parlament gewählt worden. Damit war die notwendige absolute Mehrheit für die AKP verloren und Erdogans Traum hinfällig geworden, ein auf ihn zugeschnittenes Präsidialsystem parlamentarisch durchzusetzen.

Seitdem wurde vor allem die kurdische Bevölkerung in Sippenhaft genommen, weil die HDP in deren Regionen und Städten bis zu 90% der Stimmen erringen konnte. Im Vorfeld der Wahlen am 1. November sorgte deshalb der Macht- und Militärapparat der türkischen Regierung dafür, dass Wählerinnen und Wähler massiv eingeschüchtert wurden.

Schon den 90er Jahren fanden in dieser Region schwere Auseinandersetzungen statt. Bürgerkriegsähnliche Zustände und Menschenrechtsverletzungen waren an der Tagesordnung.

Rückfall in die „dunklen Jahre“ des „Tiefen Staates“

Diese Jahre gelten in der Türkei als "die dunklen Jahre". Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Gräueltaten im Bürgerkrieg geschahen in den militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee und der PKK. Kurdische Dörfer wurden angezündet, Folter und "außergerichtliche Tötungen" waren an der Tagesordnung. Die Verbrechen des "Tiefen Staates" (derin devlet) demoralisierten die gesamte Gesellschaft.

Der Begriff des "Tiefen Staates" deutet auf eine im Verlauf mehrerer Jahrzehnte gewachsene konspirative Verflechtung von Militär, Geheimdiensten, Politik, Justiz, Verwaltung, Rechtsextremismus und organisiertem Verbrechen, insbesondere Killerkommandos hin. Es besteht die Befürchtung, dass diese "dunklen Jahre" zurückkehren könnten.

Terroranschläge gegen Kurden: Opfer zu Tätern

Seit vier Monaten wird verstärkt versucht, die Türkei in ein Chaos zu stürzen. Dazu gehören die Anschläge in Suruc vom 20. Juli 2015 als bei der Explosion einer Bombe 33 Jugendliche starben, die Aufbauhilfe in der vom IS befreiten Stadt Kobane leisten wollten und außerdem viele Jugendliche verletzt wurden. Dieses Ereignis wurde zum Vorwand genommen, den Friedensprozess mit der PKK einseitig zu beenden. Nicht nur die Bombardements in den Kandil-Bergen wurden wieder aufgenommen, sondern außerdem wurde die kurdische Bevölkerung in Städten der Südosttürkei zunehmend terrorisiert.

Die Lage in der Türkei wird immer repressiver und dürfte sich nach dem Wahlergebnis vom 1.11. noch verschärfen. Feindseligkeiten und Gewaltherrschaft nehmen zu: Zwei Angriffe auf die Tageszeitung "Hürriet" und einen tätlichen Angriff auf Ahmet Hakan, einem bekannten Kolumnisten

dieser Zeitung und Moderator bei CNN sowie fast tägliche Ausschreitungen und Anschläge nicht nur im Südosten der Türkei kennzeichnen die Situation.

Einige Zeit entstand der Eindruck, durch den wirtschaftlichen Aufschwung und relativ stabile Verhältnisse könnten innenpolitische Konflikte geklärt werden. Dazu gehörten Zugeständnisse an die kurdische Bevölkerung und ein Waffenstillstandsabkommen, das aber nach dem Wahlergebnis vom Juni 2015 durch die türkische Regierung einseitig beendet wurde.

Welche Ziele verfolgt die HDP?

Die HDP tritt für Minderheitenrechte ein, insbesondere - aber nicht nur - für die Rechte der Kurdinnen und Kurden. Neben der türkisch stämmigen Bevölkerung gibt es zahlreiche Minderheiten in der Türkei; dazu zählen neben den Kurden Armenier, Aramäer, Griechen, Tscherkessen, Albaner, Bosniaken, Georgier, Araber, Tschetschenen, Juden und Roma sowie zahlreiche weitere Ethnien. Entsprechend ihrer Satzung verfolgt die HDP das Ziel, eine demokratische Volksherrschaft zu begründen und den Menschen ein würdiges Leben ohne Repression, Ausbeutung und Diskriminierung zu ermöglichen. Adressaten sind alle Unterdrückten - alle ethnischen Minderheiten und Glaubensgemeinschaften in der Türkei.

Die Partei ist noch sehr jung, sie wurde 2012 formal auf dem Demokratischen Kongress der Völker (Halklarin Demokratik Kongresi) gegründet. Die Partei ist eine Bündnispartei. Vor allem durch den Wechsel prominenter Abgeordneter der BDP gelang es, auch im Westen der Türkei eine erhöhte Akzeptanz zu erreichen. Ihr werden immer wieder enge Kontakte zur PKK unterstellt, die jedoch von offizieller Seite bestritten werden.

Das Parteiprogramm liest sich wie ein Gegenprogramm zu den Vorstellungen des Präsidialsystems Erdogans. So heißt es im Programm, das was am meisten fehle sei Freiheit, Gleichberechtigung, Frieden und Gerechtigkeit sowie eine gesunde Umwelt. Niemand dürfe auf Grund von Identität, Glauben oder Weltanschauung diskriminiert oder verfolgt werden. Die HDP kämpft für die Gleichberechtigung der Frauen. So werden beispielsweise alle Positionen in der Partei und alle Positionen im öffentlichen Leben, auf die sie Einfluss haben, konsequent paritätisch besetzt.

So konnten wir Gespräche in Mardin mit Februniye Akyol Akkay und Ahmet Türk und in Diyarbakir mit Güllten Kisanak führen. Sie berichteten alle über die Grausamkeiten der letzten Tage und davon, dass sie nicht aufgeben werden, für ihre Identität, Frieden und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. in Cizre lernten wir Leyla Imret kennen. Die junge Frau - 28 Jahre - wurde mit 83 Prozent der Stimmen zur Bürgermeisterin gewählt. Als sie die Befürchtung äußerte, dass das Land in einem Chaos, in einem Krieg enden könnte, wurde ihr das als Aufruf zum Bürgerkrieg ausgelegt. Sie wurde daraufhin vom Innenminister ihres Amtes enthoben.

Die HDP-Forderungen entsprechen weitgehend den Kopenhagener Kriterien, die von Beitrittskandidaten erfüllt werden müssen, um Vollmitglied der Europäischen Union zu werden. Umso mehr empört die neue Kumpanei der EU und Deutschlands mit der türkischen Regierung, die als System nicht EU-kompatibel gilt. Erdogan trägt eine Mitschuld am desolaten Zustand einer ganzen Region. Er träumt von einer neo-osmanischen Regionalmacht Türkei, der ein islamisiertes Syrien zur Seite stehen soll. Die Regierung und die Armee bombardieren ohne ein parlamentarisches Mandat seit Monaten nicht nur die PKK, sondern drangsalieren auch die Bevölkerung im eigenen Land.

Die europäische offizielle Öffentlichkeit nimmt diese Vorgänge bisher nur sehr wenig zur Kenntnis. Eine konsequente Auseinandersetzung mit den Vorgängen in der Türkei würde den Versuch konterkarieren, Zustimmung zu Arrangements in der Flüchtlingsfrage mit einem Staat zu erreichen, der Verursacher für Gewalt, Zerstörung und Not im eigenen Land ist.

Foto: Kurden-Demo am 21.2.2015 in Berlin, Quelle: Uwe Hiksch (Flickr)

Das PKK-Verbot muss fallen!

Die Türkei ist gegenwärtig keineswegs ein sicheres Herkunftsland, wie von deutscher Regierungsseite behauptet wird. Wir müssen deutlich machen, dass die Waffenlieferungen in eine Krisenregion gehen. Durch die bei den Neuwahlen erreichte absolute Mehrheit der AKP wird die Unterstützung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte in der Türkei wichtiger denn je zuvor. Dazu müssen wir uns auch dafür einsetzen, die PKK zu entkriminalisieren. Der Verständigungsprozess, der durch den von der PKK ausgerufenen einseitigen Waffenstillstandsprozess eingeleitet wurde, muss zur Beendigung von Gewalt und Zerstörung führen.

Ist dieser Papst (Franziskus) wirklich katholisch?

von Thomas Wagner, Pax christi, Frankfurt a.M.

Der Artikel ist die Druckfassung eines Beitrages zur Antikriegstagsveranstaltung im DGB-Haus Frankfurt a.M. am 1.9.2015

In den Krisen unserer Tage, wo zum Beispiel der Süden Europas unter dem neoliberalen EU-Regime leidet; in Zeiten der Tyrannei des Marktes und des staatlichen Despotismus, in den gewaltsamen Konflikten unserer Tage, gibt es eine neue wortmächtige Stimme aus dem Globalen Süden, die fasziniert. Der oberste Katholik in Rom, Papst Franziskus macht sich mehr und mehr zu einer zentralen Stimme des Weltgewissens. Er verlässt die alten Formeln und redet Klartext. Zum Beispiel im Juni in Sarajewo, wo er unweit der Gräberfelder der Bürgerkriegstoten „Nie wieder Krieg!“ forderte:

„Es ist eine Art dritter Weltkrieg, der ´stückweise' geführt wird; es gibt welche, die ein solches Klima absichtlich schaffen und schüren, insbesondere jene, die den Zusammenstoß zwischen verschiedenen Kulturen und Zivilisationen suchen, und auch jene, die mit den Kriegen spekulieren, um Waffen zu verkaufen“.

Immer wieder geißelt der Papst die Kriege unserer Tage, kritisiert die Profiteure und sagt:

„Kriege macht man mit Waffen. Haben wir jemals an den Stopp des Waffenverkaufs gedacht? Wir protestieren gegen die vielen Flüchtlinge, aber wer verkauft denn die vielen Waffen? Das sind meistens die reichen Länder“.

Diese Kritik von Papst Franziskus gründet in folgendem Gedanken aus der Verkündigungsbulle zum Heiligen Jahr der Barmherzigkeit „Misercordiae Vultus“:

„Verfallen wir nicht in die Gleichgültigkeit, die erniedrigt, in die Gewohnheit, die das Gemüt betäubt und die verhindert etwas Neues zu entdecken, in den Zynismus, der zerstört. Öffnen wir unsere Augen, um das Elend dieser Welt zu sehen, die Wunden so vieler Brüder und Schwestern, die ihrer Würde beraubt sind.“

Und hierin zeigt sich sein katholisch-Sein, das griechische Wort „katholikos“ bedeutet nämlich „allumfassend“. Jenseits einer konfessionalistischen Engführung des Wortes „katholisch“ auf die römisch-katholische Kirche hin und in bewusster Rückführung auf den eigentlichen Wortsinn – Papst Franziskus denkt und spricht zunächst als Weltbürger mit und in globaler Perspektive: sein weiter, umfassender Blick auf die Probleme und das Leid unserer Zeit macht ihn jenseits von nationalen, religiös-konfessionellen, ethnischen Schranken zum Kosmopoliten mit prophetischer-sozialkritischer Ausrichtung. Für Papst Franziskus ist Frieden ein gerechtes Haus für alle Menschen!

In seiner Botschaft vom Juni 2015 „Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ geißelt er das kapitalistische Wirtschaftssystem und den Missbrauch der Natur ohne den Begriff „Kapitalismus“ zu nutzen:

„Niemals haben wir unser gemeinsames Haus so schlecht behandelt und verletzt wie in den letzten beiden Jahrhunderten.“(53)

Da die ökologische Krise und die soziale Krise untrennbar miteinander verbunden sind, ist die „Klage der Armen“ ebenso zu hören wie die „Klage der Erde“ (49). Die Globalisierung sei eine Globalisierung der Unterwerfung des Menschen unter die Gesetze des Marktes. Unendliches und grenzenloses Wachstum sei in einer begrenzten Welt eine irrige Annahme (106). Deshalb:

„Die Politik darf sich nicht dem Diktat der Wirtschaft unterwerfen, und in diese darf sich nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie unterwerfen“ (189).

Die Mutter Erde kann nur geschützt werden, wenn im gleichen Atemzug diese Wirtschaft des fetischisierten Kapitals überwunden wird.

Am 9.7.2015 spricht Papst Franziskus in Bolivien zu sozialen Bewegungen dieses Landes und spitzt seine Sozialkritik zu und stellt die Systemfrage:

„Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozio-ökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Brüderlichkeit unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet – wie wir sehen – dieses unser gemeinsames Haus, die Schwester und Mutter Erde.“

Und er schließt die rhetorische Frage an:

„Erkennen wir, dass dieses System die Logik des Gewinns um jeden Preis durchgesetzt hat, ohne an die soziale Ausschließung oder die Zerstörung der Natur zu denken? Wenn es so ist, dann beharre ich darauf – sagen wir es unerschrocken: wir wollen eine Veränderung, eine Veränderung der Strukturen. Dieses System ist nicht mehr hinzunehmen; die Campesinos ertragen es nicht, die Arbeiter ertragen es nicht, die Gemeinschaften ertragen es nicht, die Völker ertragen es nicht .., und ebenso wenig erträgt es die Erde 'unsere Schwester, Mutter Erde' wie der heilige Franziskus sagte.“

Franziskus konstatiert, dass die Träger für Veränderungen, für den Bruch mit diesem System, vor allem die sozialen Bewegungen sind. Und die Kirche, so Franziskus weiter, muss Teil dieses Veränderungsprozesses werden.

Diese Worte von Franziskus stimmen hoffnungsvoll. Sie unterstützen das Anliegen einer offenen, sozialkritischen Kirche der Armen und stellen vor allem eine klare Absage an jegliche Art von Paternalismus dar.

Dieser Papst will Veränderungen und ist gerade in dieser Haltung durch und durch katholisch: er greift nach dem ganzen Leben und hält nicht die Lehre und das Dogma für die wichtigste Orientierung. Die lebendige, zerrissene Wirklichkeit, mit all dem unabgegoltenen Leid und Schmerz ist ihm wichtiger wie die Ideen und Lehren der Kirche. In der Spur des armen Wanderpredigers aus Nazareth will er die „Umkehr“, die Veränderung auch und gerade in der Kirche. Er macht die Familiensynode im Oktober in Rom zum

offenen Debattenort und gleichzeitig zu einem Prüfstein seines Reformprojektes. Der Klassenkampf innerhalb der Kurie tobt aktuell. Die Legionen der Reaktion innerhalb der Bischofskonferenz und des Vatikans tun alles um Veränderungen abzuwehren. Selbst eine kleine Öffnung der kirchlichen Familien- und Sexuallehre bzw. Relativierung der Zentralmacht von Rom ist schon eine Revolution. Papst Franziskus fordert den römisch-katholischen Apparat heraus; das Risiko des Scheiterns ist groß.

Abschließend noch den Schluss der Rede von Papst Franziskus an die sozialen Bewegungen Boliviens im Juli 2015, vielleicht auch für uns in der deutschen Friedensbewegung ein ermutigendes Wort und wieder ein Beleg, wie katholisch dieser Papst im Sinne von allumfassend und radikal veränderungsorientiert er denkt, spricht und handelt:

„Die Zukunft der Menschheit liegt nicht allein in den Händen der großen Verantwortungsträger, der bedeutenden Mächte und der Eliten. Sie liegt grundsätzlich in den Händen der Völker; in ihrer Organisationsfähigkeit und auch in ihren Händen, die in Demut und mit der Überzeugung diesen Wandlungsprozess 'begießen'. Ich begleite Sie. Und wiederholen wir: ein jeder in seinem Herzen: keine Familie ohne Wohnung, kein Campesino ohne Grund und Boden, kein Arbeiter ohne Rechte, kein Volk ohne Souveränität, kein Mensch ohne Würde, kein Kind ohne Kindheit, kein Jugendlicher ohne Möglichkeiten, kein alter Mensch ohne ehrwürdiges Alter. Fahren Sie fort in Ihrem Kampf und bitte, sorgen Sie sehr für die Mutter Erde! Glauben Sie mir, ich sage es Ihnen mit ehrlichem Herzen: ich bete für Sie, ich bete mit Ihnen, und ich möchte Gott, unseren Vater, bitten, Sie zu begleiten und zu segnen, Sie mit seiner Liebe zu erfüllen und auf Ihrem Weg zu verteidigen, indem er Ihnen reichlich jene Kraft verleiht, die uns auf den Beinen hält: Diese Kraft der Hoffnung. Und ganz wichtig: Die Hoffnung enttäuscht nicht. Und bitte beten Sie für mich! Und wenn jemand von Ihnen nicht beten kann, dann bitte ich ihn – mit allem Respekt -, dass er gut an mich denkt und mir eine gute Welle sendet. Danke.“

Die Aufforderung zum Gebet, die Papst Franziskus hier ausspricht, mag nicht jedermann oder jederfrau schmecken, doch steckt bei aller traditionellen kirchlichen Sprache darin die tiefe Botschaft, die wechselseitige Bezogenheit der Menschheitsfamilie im „gemeinsamen Haus“ anzuerkennen. Sie prägt fundamental das Denken von Papst Franziskus. In dieser wechselseitigen, sympathischen Bezogenheit gründet auch die Vision von Franziskus von einer anderen, gerechten Welt, in der alle Menschen willkommen sind und Platz haben, die auch uns zum Veränderungshandeln – egal ob als Christ oder als säkularer Bürger - ermutigen will.

Nicht einmal der Papst bleibt vom Medienkrieg verschont

Foto: Jose Llrauze / amerika21.de

Während eines Treffens mit Vertretern von Fernsehen, Radio und katholischen Medien im März 2014 in Rom mahnte Papst Franziskus, dass die Desinformation die "schlimmste Sünde der Medien" sei. Und während seiner jüngsten Reise durch die drei lateinamerikanischen Länder Ecuador, Bolivien und Paraguay wurde er selbst Opfer derjenigen, die er zuvor als mediale "Sünder" bezeichnet hatte.

Das Vorgehen der Journalisten der Medien des argentinischen Machtmonopols war ein Musterbeispiel für die "Sünde der Desinformation". Eines der schaurigsten Beispiele war der Umgang mit dem Kruzifix, das Boliviens Präsident, Evo Morales, dem Papst überreicht hatte. Darauf wird die Christus-Figur oben von einem Hammer und unten von einer Sichel gestützt.

Das gesamte Mediennetz der hegemonialen Macht nutzte dieses Thema, um Morales, und natürlich den Papst selbst, zu diskreditieren.

Was jedoch niemand berichtete: Der bolivianische Präsident erklärte dem Papst, dass dieses Kruzifix eine Nachbildung desjenigen von Pater Luis Espinal war, einem spanischen Jesuiten, der in Bolivien gelebt hatte und durch die bolivianische Diktatur 1980 ermordet wurde. Für Espinal stand der Hammer als Symbol für die Arbeiter und die Sichel als Symbol für die Bauern.

Der Papst murmelte "das habe ich nicht gewusst", eine Bemerkung, die von vielen Medien verändert und neu interpretiert wurde; von den gleichen Medien, die auf der anderen Seite die Rührung von Franziskus nicht bemerkten.

Espinal, der "Lucho" genannt wurde, war Priester des gleichen Jesuitenordens, dem auch der Papst angehört. Er war ein Priester mit großer Bildung, Autor, Filmemacher und -kritiker, der sich den Armen, den Opfern von Ungerechtigkeit und Verfolgung widmete. […]

Im Jahr 1977 nahm er an einem Hungerstreik teil, gemeinsam mit vier Bergarbeiterfrauen - Aurora de Lora, Nelly Paniagua, Angélica Flores und Luzmila del Pimentel. Die Frauen forderten praktisch das Ende der Diktatur; ein Streik, der zum Auslöser für mindestens 2.000 Streiks in ganz Bolivien wurde. Banzer trat schließlich zurück. Und drei Jahre später sollte Espinal dafür mit seinem Leben bezahlen. […]

Beim Verlassen Boliviens, auf dem Weg zum Internationalen Flughafen von El Alto und der Stadt La Paz, hielt der Papst an, um an dem Ort zu beten, an dem man damals den ermordeten und gefolterten Körper von Luis Espinal gefunden hatte. […]

Quelle: www.amerika21.de / 28.7.2015

Friedensbewegung in der Analyse als historische Mission

Fabian Scheidler: Das Ende der Megamaschine – Geschichte einer scheiternden Zivilisation
Promedia-Verlag 2015, 5.Auflage, ISBN 978-3-85371-384-6, br., 272 Seiten, bebildert, 19,90 Euro

Warum schreitet die ökologische Zerstörung des Planeten trotz unzähliger Klimagipfel ungebremst voran? Warum hungern mehr Menschen als je zuvor auf der Erde, obwohl noch nie so ungeheure Reichtümer angehäuft wurden wie heute? Warum erweisen sich die globalen Eliten als unfähig, die Richtung zu ändern, obwohl ihr Kurs in einen planetaren Crash führt?

Der Berliner Autor und Journalist Fabian Scheidler legt in seinem Buch "Das Ende der Megamaschine" die Wurzeln der Zerstörungskräfte frei, die heute die menschliche Zukunft infrage stellen. In einer Spurensuche durch fünf Jahrtausende führt das Buch zu den Ursprüngen ökonomischer, militärischer und ideologischer Macht. Der Autor erzählt die Vorgeschichte und Genese des modernen Weltsystems, das Mensch und Natur einer radikalen Ausbeutung unterwirft. Dabei demontiert er Fortschrittsmythen der westlichen Zivilisation und zeigt, wie die Logik der endlosen Geldvermehrung von Anfang an menschliche Gesellschaften und Ökosysteme verwüstet hat. So entsteht eine faszinierende Gegengeschichte unserer Zivilisation.

Das Buch schöpft aus einer Vielzahl von Quellen, von der Anthropologie und Geschichtswissenschaft über die Chaosforschung bis zur Populärkultur. Es verändert eingefahrene Sichtweisen, indem es Verbindungen quer durch Zeiten, Räume und Denktraditionen herstellt. Die Kenntnis der historischen Zusammenhänge bildet die Grundlage dafür, neue Möglichkeiten für eine notwendige zivilisatorische Wende zu entdecken.

Quelle: counter-images.de/ megamaschine/index.html

Das im Frühjahr 2015 erschienene Buch von Fabian Scheidler hat einiges an Aufsehen erregt, was sich daran zeigt, dass dieses mittlerweile bereits in der 5. Auflage verfügbar ist und der Autor im Spätherbst in einigen Städten auf Veranstaltungen zu seinem Buch unterwegs ist.

Auf dem ersten Blick hat sein Buch wenig mit der Friedensbewegung zu tun, sondern vor allem mit Gesellschafts- und Umweltpolitik. Bei dem Aufzeigen von Zerstörungskräften in der heutigen Zivilisation wird von ihm allerdings vor allem die Rolle des Militärs beleuchtet – im historischen Überblick von der Antike bis zur Gegenwart.

Grafik aus Buchcover

Der Autor definiert in seinem geschichtlichen Überblick vier Tyranneien als Menschheitsgeiseln. Klassisch sind dabei:

Erstens: Physische Gewalt, wie sie vor allem militärisch in Erscheinung tritt

Zweitens: Strukturelle Gewalt durch auf Zwangsverhältnisse wirtschaftlicher Art (vor allem Verschuldung) und Unterdrückung im Inneren zur Stabilisierung staatlicher Verhältnisse

Drittens: Ideologie zur Absicherung von gesellschaftlicher Unterdrückung, wobei in der Vergangenheit meistens der Religion eine tragende Rolle zukam

Zu diesen drei klassischen Tyranneien bzw. Menschheitsgeiseln hat sich in den letzten Jahrhunderten als vierte Tyrannei das entwickelt, was der Autor als lineares Denken und landläufig landläufig als blinder Fortschrittsglaube oder Wachstumsideologie bezeichnet wird. Gemeint ist damit das Unvermögen, die Risiken für die Existenz der Menschheit zu sehen, die sich aus der zunehmenden ökologischen Verwüstung des Planeten, aber auch durch eine militärische Zerstörung (durch Atomwaffen) ergeben können.

Mit dem Begriff Megamaschine umschreibt der Autor das Räderwerk der Akkumulation, das seit 5000 Jahren die menschliche Zivilisation vorantreibt. Die Megamaschine besteht hierbei im wesentlichen aus der Gesamtheit der Menschen, die einer Maschinerie der Geldvermehrung zugunsten einer herrschenden Klasse unterworfen sind. In diesem historischen Gesamtkontext spricht Fabian Scheidler von dem metallurgischen Komplex, dem eine Rollenverteilung zwischen Staat und Finanzkapital entspricht, die sich über die Jahrhunderte bzw. Jahrtausende hinweg einigen Wandlungen unterzogen hat.

Bei näherem Hinsehen wird damit die geschichtliche Entwicklung bis heute als Zunahme von Tyrannei gegenüber immer mehr Menschen auf diesem Planeten sichtbar, ideologisch verbrämt als zivilisatorischer Fortschritt und Durchsetzung der „westlichen Werte“.

Fabian Scheidler verweist aber auch auf weltweit sich formierende Gegenkräfte, die sich in einer Vielzahl von Initiativen zur Rückgewinnung von Selbstbestimmung und wirklicher demokratischer Kontrolle aufzeigen, gegen das Diktat des „Marktes“ in Zeichen der neoliberalen Globalisierung. Einer entscheidenden Rolle weist er dabei der Friedensbewegung zu, denn: Nur mit Frieden oder zumindest die Abwesenheit von Krieg werden die von ihm dargestellten Transformationsansätze dauerhaft erfolgreich sein.

Das Buch ist letztlich ein geniales theoretisches Fundament zur übergreifenden Analyse der heutigen weltweiten Probleme in Zeiten von globaler Kriegsgefahr, ökologischer Verwüstung und drohenden Kollaps des Finanzsystems. - und zudem eine gute Anleitung zum praktischen Handeln.

Für die Friedensbewegung ist dieses Buch auch eine gute Basis, um den notwendigen Brückenschlag zu anderen gesellschaftlichen Bewegungen unserer Zeit herzustellen.

Karl-Heinz Peil

FRIEDENSBLÄTTER

Seite des Friedensnetzes und des Förderverein Frieden e.V. Baden-Württemberg im Friedensjournal
Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart; 0711 6368240

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

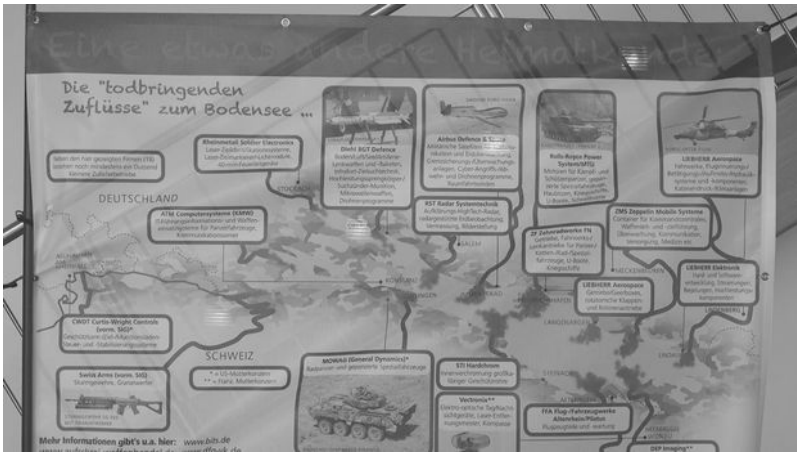
www.friedensnetz.de / buero@friedensnetz.de

Antikriegstag 2015: Fluchtursache Krieg bekämpfen!

70 Jahre nach der Befreiung von faschismus und Krieg standen die Aktionen zum Antikriegstag im ganzen Land im Zeichen der Solidarität und Hilfe der Opfer der jüngsten Kriege: Die Flüchtlinge, denen es gelungen ist, sich aus ihrer verwüsteten Heimat nach EU-Europa zu retten.

Der Vorsitzende der DGB-Region Nord-Württemberg, Bernhard Löffler, benannte auf der Kundgebung in Stuttgart den Fluchtgrund Nummer eins: Seit der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien zum realen Exerzierplatz für die NATO und mitten dabei Deutschland geworden sei, werde mit Krieg und Beteiligung der Bundeswehr „unsere Freiheit“ am Hindukusch, am Horn von Afrika oder sonst wo „verteidigt“.

„Gibt es eine einzige militärische Intervention die nicht Chaos, Diktatur, neue Gewalt zur Folge hatte?“, fragte Bernhard Löffler. Stattdessen komme gerade dem mitten in Europa liegenden Deutschland „eine Schlüsselfunktion zu, eine Alternative zu entwickeln als Gegenmodell gegen eine neue Politik der Stärke – die keine Perspektive hat – außer der nuklearen Apokalypse eines Weltkriegs.“



Screenshot aus Doku der IPPNW-Konferenz „Unser Rezept für Frieden: Prävention“ in Frankfurt vom 2.-4.10.2015 mit Ausstellung des Vereins „Keine Waffen vom Bodensee e.V.“, Quelle: youtube.com

Die Landessprecherin Ilse Kestin forderte in Fellbach: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Deutschland schuldet der Welt keine Soldaten, sondern Beiträge für Frieden und Abrüstung! Flüchtlinge dürfen nicht aufgehalten und in die Hoffnungslosigkeit zurück geschickt werden. Wir müssen diesen Menschen Perspektiven und Schutz geben“.

Bereits im August demonstrierten AktivistInnen der Organisation ‘Flüchtlinge für Flüchtlinge’ aus Baden-Württemberg in Konstanz und Überlingen unter dem Motto“ Fluchtursachen bekämpfen, Waffenexporte stoppen!” vor den Toren einiger Rüstungsbetriebe am Bodensee.

Sie wurden von Friedensinitiativen und Organisation den der Friedensbewegung unterstützt.

Weitere Infos unter:
www.waffenvombodensee.com

Lange vergriffen – jetzt wieder erhältlich:

Pace-Fahne „NO TO NATO“

unentbehrlich bei jeder Friedensaktion!

10 € + Versandkosten beim
Friedensnetz Baden-Württemberg
(Kontaktdaten siehe oben)

Peter hat den Kampf für Frieden und eine bessere Welt gelebt

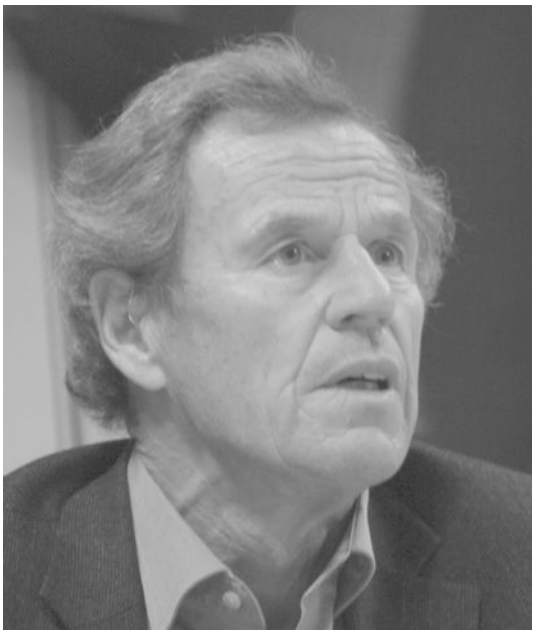


Foto: Peter Strutynski † 26.09.2015

Peter war der Motor der Friedensbewegung: klug analysierend, inhaltlich präzise formulierend, pädagogisch vermittelnd, um es entschieden umzusetzen. Meine erste Begegnung mit Peter stand im Zusammenhang mit dem Krefelder Appell. Nach der Tagung am 15. November 1980 in Krefeld trafen wir uns regelmäßig. Damals war ich Geschäftsführer der Deutschen Friedens-Union in Hessen und verantwortlich für das fortschrittliche Bürgertum. Gemeinsam mit Peter bereiteten wir das Kasseler Friedensforum vor, das dann im August 1981 als eines der ersten großen, dezentralen Foren stattfand. Namen wie Petra Kelly, Gert Bastian, Uta Ranke Heinemann, Christoph Strässer, Josef Weber will ich hierzu erwähnen. Diese Treffen hatten Folgen: die Ostermärsche, die Großveranstaltungen in der Dortmunder Westfalenhalle, im Ruhrstadion in Bochum, bei den großen Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten. Immer ging es Peter dabei auch um inhaltliche Vermittlung von Zusammenhängen von Krieg, Rüstung und sozialer Ungerechtigkeit.

Aber es gab auch die Mühen der Ebenen. Diese nutze Peter gemeinsam mit Kolleginnen der Universität, um die Friedensvorlesungen als ein dauerhaftes, aufklärendes Format durchzuhalten. In diesen Jahren wurde das gesellschaftliche Bewusstsein in unserem Land friedenspolitisch geprägt. Peter formulierte es so: „Die Aufklärungsarbeit der Friedensbewegung hat dazu beigetragen, dass die einst so militaristische deutsche Bevölkerung heute mehrheitlich den Krieg ablehnt."

Für uns alle waren der Zusammenbruch des Warschauer Vertrages und der Fall der Mauer ein dramatischer Einschnitt, den wir nur schwer verdauen konnten. Dennoch war es Peter, der die Gelegenheit ergriff, das Zusammengehen der Friedenskräfte in Ost und West zu organisieren. Es wurden mit dem Friedensrat gemeinsame (Thüringer) Seminare organisiert. Das wichtigste fand im Frühjahr 1994 in Gräfenroda statt, bei dem der erste bundesweite Friedensratschlag, der dann im November des gleichen Jahres in Kassel stattfand, vereinbart wurde. Peter war auch die Denkfabrik der Friedensbewegung. Ihr alle kennt seine Arbeit und seine Texte, die zur Grundorientierung in der Friedensbewegung wurden.

Die Aufrufe, Artikel und Bücher werden auch für die nächste Generation der Aktivisten der Bewegung noch wertvolle Begleiter sein. Es war für uns alle ein erster Schock, als Peter, kaum im „Ruhestand", das erste Mal den Kampf mit dem Krebs aufnahm. Es war ein auf und ab. Er trat noch im letzten November bei einer Veranstaltung in Frankfurt zum Ukraine-Konflikt als Redner auf.

Noch im Juli dieses Jahres war er voller Optimismus, hellwach und im Gespräch mit unzähligen Fragen und Ideen. Den neuesten Tumor – nach der gut verlaufenen Kur – konnte er nicht mehr überwinden. Ich bin dankbar, dass ich einen Abschnitt seines intensiven und prall gefüllten Lebens begleiten durfte. Ich habe von ihm viel gelernt. Peters Wirken, seine Einfühlsamkeit und Beständigkeit hat zur Schaffung von Strukturen beigetragen, die weiterhin Bestand haben werden. Die Erinnerung an einen tapferen, klugen und kämpferischen Menschen wird uns allen bleiben.

Willi van Ooyen,
Bundesausschuss Friedensratschlag

Nach dem Abschluss seiner Reha kam Peter an einem Montagabend wieder überraschend zum Kasseler Friedensforum. Er wolle helfen bei der Vorbereitung des Friedensratschlags. Vor allem aber wollte er uns zu sich nach Hause einladen. Mit Freude haben wir uns dafür auf den 27. September verständigt, aber diesen Tag hat er nicht mehr erlebt. So war jener Montag Abend, der von ihm und uns als Neuanfang wahrgenommen wurde, zugleich ein Abschied.

Als ich nach seinem Tod gefragt wurde, was ich an Peter besonders schätzte, habe ich spontan sein klares Denken, seinen analytischen und prognostischen Weitblick, seine großen organisatorischen wie praktischen Fähigkeiten genannt. Das ist, um ihn zu beschreiben, viel zu wenig. Nachdenkend über sein Leben fällt mir auf, dass es darüber hinaus so etwas wie eine Grundhaltung, einen roten Faden vielleicht, in seinem Leben gegeben hat, Kennen gelernt habe ich Peter um 1970 in der offensiven Phase der Studentenbewegung als wir an einem Projekt gearbeitet haben, er in München, ich in Gießen. Wieder begegnet sind wir uns 1977 in Kassel, wo wir beide unsere berufliche Heimat fanden. Schon um das Jahr 1980 entdeckte Peter sein zentrales Thema und setzte seine Kraft für die Friedensbewegung ein. Es war eine Zeit der Höhepunkte der Friedensbewegung - auch in Kassel mit der Gründung des Kasseler Friedensforums und die großen Ostermarschkundgebungen. Die Stadtverordneten fassten Beschlüsse im Sinne der Friedensbewegung. In Kassel wurde die Ratschlagsbewegung geboren.

Der Aufbau einer umfangreichen Internetseite zur Unterstützung dieser Bewegung war sein ganz persönliches Werk. Dazu kamen viele Veröffentlichungen wie die Ratschlagsbücher, die Friedensvorlesungen, öffentliche Reden auf Kundgebungen,Tagungen und Konferenzen... Peter wird uns allen sehr fehlen. Wir werden seinen Weg fortsetzen.

Frank Skischus,
Kasseler Friedensforum